

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

1. Ausgabe / 29. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

15. Januar 2019

Mit
Martin Schirdewan,
Mitglied des
Europäischen
Parlaments

Alternativer Neujahrsempfang

04.02.2019 ab 10.30 Uhr
Wochenmarkt Neustadt

DIE LINKE.
Stadtverband Halle (Saale)



DIE LINKE.
Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)



Foto: Øystein Vidnes, Halle, Lizenz: creativecommons.org/licenses/by/2.0

Liebe Hallenserinnen und Hallenser,

der Stadtverband DIE LINKE. Halle (Saale) und DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat von Halle (Saale) laden Sie herzlich zum ALTERNATIVEN NEUJAHRSEMPFANG ein.

Wir freuen uns mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.

Am **4. Februar in der Zeit von 10.30 Uhr – 13 Uhr** möchten wir Sie auf dem Wochenmarkt Neustadt willkommen heißen.

Unser Kandidat für die Wahl zum Oberbürgermeister,

Hendrik Lange, Martin Schirdewan, Mitglied des Europäischen Parlaments sowie die Bundestagsabgeordnete

Dr. Petra Sitte und die Landtagsabgeordneten **Henriette Quade** und **Swen Knöchel** möchten mit Ihnen bei Bockwurst, Schnittchen, heißen und kalten Getränken das neue Jahr begrüßen und ins Gespräch kommen. **Wir freuen uns auf Sie!**

„Ich war! Ich bin, ich werde sein!“

Zum 100. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

„Ich war! Ich bin, ich werde sein!“ – so beendete Rosa Luxemburg ihren letzten Artikel nach der Niederschlagung des Januaraufstandes.

Sie meinte damit die Revolution.

Wenn es hierzulande um Revolution und die KPD geht, dann drehen die Konservativen auch 100 Jahre nach den entsprechenden Ereignissen noch durch.

Als im Dezember 2018 die Linksfraktion im Bundestag eine szenische Lesung aus den Protokollen des KPD-Gründungsparteitags veranstalten wollte, verhinderte dies eine unheimliche Allianz aus einer geschichtsvergessenen Union und einer antikommunistisch agierenden AfD. Und auch die entsprechenden Reflexe der Berliner CDU funktionierten, als kürzlich die Abgeordnetenhausfraktion der LINKEN im Festsaal des Abgeordnetenhauses, also dem historischen Ort der KPD-Gründung, die Veranstaltung »100 Jahre KPD« und einen „Rückblick auf die widerspruchsvolle und wechselvolle Geschichte der KPD“ durchführen wollte. Sie reaktivierte zur Unterstützung für ihren Sturm der Entrüstung ausgerechnet Hubertus Knabe. Dieser behauptete, es stehe doch fest, dass die KPD eine der „Totengräberinnen dieser ersten deutschen Demokratie“ gewesen sei.

Doch auch die Sozialdemokraten haben es ganz offensichtlich schwer, sich von ihren antikommunistischen Fesseln zu befreien. Zu Beginn des Jahres twitterte der ‚vorwärts‘: „Am 5. Januar 1919 beginnt in #Berlin der #Spartakusaufstand. Die #SPD verteidigt die Demokratie – auch mit Hilfe des Militärs.“ Und die Friedrich-Ebert-Stiftung schreibt über ihren Namensgeber: „Er schaffte es, ein Räteystem nach russischem Vorbild zu verhindern, und setzte die Wahl einer demokratischen Nationalversammlung durch. (...) Um die parlamentarische Staatsform zu beschützen, traf Ebert auch unpopuläre Entscheidungen und nahm dafür sogar persönliche Verleumdungen in Kauf.“ Eine recht eigenwillige und bezeichnende Sichtweise. Denn nachdem vor 100 Jahren eine breite Volksbewegung gegen den Krieg die Monarchie in Deutschland hinweggefegt hatte und am 9. November 1918 die „deutsche Republik“ (Philipp Scheidemann, Mehrheitssozialdemokratie) bzw. die „freie sozialistische Republik Deutschland“ (Karl Liebknecht, Spar-



takusbund) ausgerufen worden waren, organisierten die alten Eliten die Konterrevolution. Schon am Abend des 10. November meldete sich General Wilhelm Groener aus dem Quartier der Obersten Heeresleitung im belgischen Spa telefonisch bei Friedrich Ebert, inzwischen Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten, einer Koalitionsregierung der MSPD mit den Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD). Laut dem Journalisten und Schriftsteller Sebastian Haffner bot der General loyale Zusammenarbeit an, stellte aber Forderungen: „Kampf gegen Radikalismus und Bolschewismus, schnellste Beendigung des Räteunwesens, Nationalversammlung, Rückkehr zu geordneten Zuständen. Dem allem konnte Ebert aus vollem Herzen zustimmen; es war genau das, was er selber wollte.“

Der Ebert-Groener-Pakt war die Machtbasis für die Durchsetzung der mehrheitssozialdemokratischen Vorstellungen einer bürgerlichen Demokratie und der

Beginn der Niederschlagung aller Bewegungen, die über die Parlamentarisierung und den Achtstundentag hinausgehende demokratische Ideen verfolgten. Die herrschenden Schichten in Deutschland erblickten völlig zu Recht nicht in Ebert und Scheidemann, sondern in der kleinen Gruppe von Sozialistinnen und Sozialisten um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ihren politischen Gegner. Diese hatten sich ab 1914 gegen die Burgfriedenspolitik der SPD gewandt, an einer antikriegs- und antikapitalistischen Haltung festgehalten und bereits während des Krieges mit dem »Spartakusbund« innerhalb der SPD eine kleine radikale Oppositionsgruppe aufgebaut. 1917 wurden sie zusammen mit einem großen Teil der Kriegsgegner aus der SPD gedrängt und arbeiteten danach bis zur Novemberrevolution in der 1917 gegründeten USPD. Sie wollten die radikale Veränderung der Gesellschaft: Entwaffnung aller Offiziere und nicht-proletarischen Soldaten, Beseitigung aller Einzelstaaten, Abschaffung aller Standesunterschiede, Orden und Titel, Konfiskation aller dynastischen Vermögen, Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe, Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten und sonstigen Großbetriebe, Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, usw.

Die bedrohten Klassen nahmen diese Herausforderung an. Seit Anfang Dezember 1918 hatte die von Großindustriellen und Bankiers finanzierte Antibolschewistische Liga Plakate und Aufrufe an die Berliner Bevölkerung drucken lassen, die dazu aufforderten, die „Rädelsführer“ ausfindig zu machen und den Militärs zu übergeben. Dafür hatte sie eine hohe Belohnung ausgesetzt. Ein in hoher Auflage verbreitetes Flugblatt forderte:

„Das Vaterland ist dem Untergang nahe. Rettet es! Es wird nicht von außen bedroht, sondern von innen: Von der Spartakusgruppe. Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht! Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben. Die Frontsoldaten.“

Die sozialdemokratische Regierung hatte es nicht nur zugelassen, dass wochenlang gegen den Spartakusbund gehetzt wurde. Die Truppen des sozialdemokratischen Wehrministers Gustav Noske waren es

auch, die drei Führer der zur Jahreswende 1918/1919 neu gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands – Rosa Luxemburg, ihren Freund und Förderer Leo Jogiches und Karl Liebknecht – meuchlings ermordeten:

Am 15. Januar abends wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von der Wilmersdorfer Bürgerwehr entdeckt, verhaftet und in das Eden-Hotel, dem Hauptquartier der Garde-Schützen-Division unter Leitung von Waldemar Pabst, gebracht. Pabst ließ die Gefangenen stundenlang verhören und misshandeln. Nachdem er mit Noske telefoniert und sich grünes Licht geholt hatte, ließ er Rosa und Karl getrennt voneinander abtransportieren und ermorden.

Die Morde lösten im ganzen Land schwere Unruhen und Aufstände aus. Dagegen und gegen die Streikbewegung für die Sozialisierung der Schlüsselindustrie im März 1919 sowie die Räterepubliken in Braunschweig, Bremen und München setzte Noske die Freikorps und Reichswehrverbände ein, die bis Ende Mai 1919 alle derartigen „Umsturzversuche“ gewalttätig niederschlugen. Insgesamt etwa 5.000 Todesopfer gehen auf das Konto der Konterrevolution.

Die an den Morden beteiligten Freikorpsangehörigen Otto Wilhelm Runge und Kurt Vogel erhielten eine zweijährige bzw. eine 28-monatige Gefängnisstrafe. Die beteiligten Offiziere Heinz und Horst von Pflugk-Harttung wurden freigesprochen. Pabst wurde gar nicht erst angeklagt, mögliche Auftraggeber nicht gesucht. Als Oberbefehlshaber der Truppen bestätigte Gustav Noske das Urteil persönlich mit seiner Unterschrift.

Für die Arbeiterbewegung und die Linke ist die Novemberrevolution untrennbar mit ihrer organisatorischen Spaltung und der Ermordung von Rosa-Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches und vielen anderen verbunden.

Niemand kann sagen, wie die Geschichte verlaufen wäre, wenn der revolutionärste Teil der Arbeiterbewegung nicht so früh seiner führenden und klügsten Köpfe beraubt worden wäre.

Jan Korte,

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE

Solidarität statt Volksgemeinschaft – IfS dichtmachen!

Vom 18. bis zum 19. Januar 2019 findet in Schnellroda (Saalekreis) die 19. Winterakademie des faschistischen „Institut für Staatspolitik“ (IfS) statt. Wieder einmal bietet sich ein Bild rechtsextremer Eintönigkeit, denn die ewig gleichen Referenten – ja, es sind wieder nur Männer – geben die ewig gleichen pseudo-intellektuellen Anekdoten von sich. Thema ist dieses Mal ganz einfach das „Volk“, welches ohnehin beständig in den IfS-Publikationen beschworen wird. Denn die Tatsache, dass ihr Volk einfach eine rechtsextrem motivierte soziale Konstruktion ist, wird natürlich ignoriert. Es kann bei den völkischen Hetzern eben nicht sein, was nicht sein darf.

Neben den IfS-Stammautoren, die oftmals bereits eine lange Karriere im organisierten Faschismus hinter sich haben, haben sie mit Eberhard Straub einen neueren Referenten herangeholt, der den vermeintlichen Wissenschaftler spielt, aber bereits seit den 90er-Jahren für rechtsextreme Publikationen schreibt und auch Autor des Compact-Magazins ist. Star der Veranstaltung wird aber ohnehin der AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland sein, der einer von drei Partei-Funktionären ist und sich perfekt in den IfS-Kurs einreihet: Man ist inzwischen quasi mit der völkischen AfD verschmolzen und lässt sich von deren Spitzenpolitiker*innen nicht nur bezahlen, sondern auch die eigene Akademie aufwerten. Von der früher behaupteten Unabhängigkeit des IfS ist nicht mehr viel geblieben. Dazu passt, dass Erik Lehnert, der Dauer-

eröffner der Akademien und „wissenschaftlicher Leiter“ des IfS, eben vor allem Mitarbeiter eines AfD-Abgeordneten ist.

Das bedeutet aber auch, dass sich der bundesrepublikanische Rechtsruck auch in Schnellroda widerspiegelt. Hier wird am Samstag mit Alexander Gauland eben ein Hetzer auftreten, der wie kein anderer für die faschistoide Ausweitung des Sagbaren steht, demokratische Grundprinzipien bei jeder Gelegenheit unterläuft und die Menschenrechte mit seinen Äußerungen täglich verächtlich macht. Bei unserem Protest am Samstag, den 19. Januar 2019, wird es also darum gehen, der AfD und ihrer rechtsextremen IfS-Agentur den großen Auftritt zu versauen. Auch wenn die Rechtsxtremen es nicht wahrhaben wollen, gibt es etliche Menschen, die ihre traurige Welt nicht wollen und dafür demonstrieren. Lasst uns deshalb am 19. Januar für etwas Besseres kämpfen und für Solidarität gegen ihre Volksgemeinschaft auf die Straße gehen.

Infos zur An- und Abreise:

Hin: Wir treffen uns am 19.1. um 15:00 Uhr am Hbf Halle (Ausgang Ernst-Kamieth-Straße). Von dort gibt es einen Busshuttle nach Schnellroda.

Zurück: Gegen 18:00 fährt der Bus wieder zurück nach Halle.

Wenn ihr Fragen habt oder vom Bahnhof Karsdorf abgeholt werden wollt, meldet euch bei uns!



Was macht eigentlich die Friedensbewegung ?

Die meisten Menschen wünschen sich zu Beginn des neuen Jahres Glück, Gesundheit und Erfolg und setzen damit implizit voraus, dass der Frieden als Grundlage all dessen erhalten bleibt. Wie sieht jedoch die reale Situation Anfang 2019 aus?

Der Rheinmetall-Konzern erwartet laut WELT¹ einen 'Superzyklus' für Rüstungsgüter, die USA und die NATO provozieren Rußland an allen Grenzen, eine neue PENTAGON-Strategie erlaubt begrenzte Nuklearschläge unter Einsatz sogenannter 'Mini-Nukes', Trump droht die Kündigung des INF-Vertrages an, Deutschland übernimmt die Führung der 'NATO-Speerspitze', seit Jahren völkerrechtswidrige Drohnenmorde, ein eingefrorener Konflikt in der Ukraine, ein schwelender in Syrien, ein Völkermord im Jemen, Kriege allenthalben. Alle diese Konflikte haben sowohl lokale Ursachen, sind aber auch Stellvertreterkriege im geopolitischen Wettstreit der Großmächte. Institutionen gemeinsamer Sicherheit wie z. Bsp. die KSZE existieren nicht mehr oder sind gelähmt wie der NATO-Rußland-Rat. Die Chancen, die der Systemumbruch von 1990 eröffnete, sind endgültig vertan. Längst scheint die 'Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln' zu einer neuen Normalität zu werden. Was muß eigentlich noch passieren, damit wieder friedensbewegte in Massen die Straße füllen und die Linke dieses Thema ganz oben auf die Agenda setzt? Diese und andere Fragen wurden am 1. und 2. Dezember beim 25. bundesweiten und internationalen Friedensratschlag 2018 an der Universität Kassel diskutiert. Vertreter der unzähligen Friedensinitiativen, von Attac, der Linken, der DKP, den Naturfreunde e. V., der Gewerkschaften GEW und VERDI, der belgischen, französischen und österreichischen Friedensbewegung etc. versuchten ihre Aktivitäten unter der Devise 'abrüsten statt aufrüsten' besser zu koordinieren und ein gesellschaftliches Bewußtsein zu schaffen.

Im Eröffnungsplenum betonte Alain Rouy vom Mouvement de la Paix, dass in den Plänen für eine EU-Aufrüstung Deutschland eine zentrale Stellung zukomme da es bei einer Steigerung des Verteidigungshaushaltes um 2 Prozent des BSP zur bei weiten stärksten Militärmacht in Europa würde.

Eine EU-Armee würde auch nicht zu einer unabhängigen europäischen Verteidigungspolitik führen, sondern, wie in Artikel 42 des Vertrages von Lissabon festgelegt, die NATO ergänzen. Noch stärker als auf vergangenen Treffen wurde der Zusammenhang zwischen dem Einsatz für den Frieden und dem Kampf um soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt gerückt.

Aus der Themenvielfalt der Foren, Plenen und Workshops, in denen teils hochkarätige Experten den Teilnehmern Hintergrundwissen vermittelten, kann hier ein Beispiel herausgegriffen werden. Der Politologe Prof. Ruf, Experte für die Theorie der internationalen Beziehungen, warf in seinem Workshop die Frage auf, ob Deutschland auf dem Wege zur Weltmacht sei, betonte dann aber eher die Vasallenrolle für die europäischen Verbündeten der USA: 'Wir kommen wieder dorthin, dass Europa zur Geisel amerikanischer Kriegsführung in Europa wird'. Ruf nahm die These von Prof. Andreas Fissahn auf, dass der zunehmende Kontrollverlust der Herrschenden durch die Schaffung von Feindbildern kompensiert werden muß. Dies wird durch eine euphemistische Sprache verschleiert, die z. B. statt von militarisierter Außenpolitik von Deutschlands 'Neuer Verantwortung' spricht.

Auf dem Abschlussplenum beklagte Reiner Braun das Fehlen des Begriffes Frieden im #unteilbar Aufruf. Er betonte auch, dass die Friedensbewegung keine exklusiv linke Bewegung sei, sondern weit darüber hinausgehe. Braun betonte daher die Notwendigkeit, auf breite Bündnisse, auf Synergieeffekte zwischen verschiedenen Initiativen und Organisationen zu setzen und das Verbindende in den Vordergrund zu rücken. Der VERDI-Vertreter Jan von Hagen sah eine Aufgabe der Gewerkschaften darin, den Friedensgedanken stärker in die Betriebe zu tragen.

Immer wieder wurde Willy Brandt zitiert: 'Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts'. Diese Grundwahrheit könnte bei allen Meinungsverschiedenheiten innerhalb und außerhalb der Linken eine gemeinsame Grundlage politischer Aktion sein.

Steffen Casper

¹DIE WELT, 30.11. 2018

Hamburger Gitter - Der G20-Gipfel als »Schaufenster moderner Polizeiarbeit«

23.01.2019, ab 18:30 Uhr im Zazie (Kl. Ulrichstr. 22), Eintritt: 2 Euro

Präsentiert von: DIE LINKE OV Halle-Mitte und Petra Sitte, MdB

Im Anschluss (ab ca. 20 Uhr) Diskussion u.a. mit Henriette Quade, MdL im LiLa (Leitergasse 4) und gemütlicher Abendausklang

Der Film stellt das Vorgehen von Polizei und Justiz in den Mittelpunkt, 12 Expert*innen und 5 Betroffene ziehen darin Bilanz zu den Ereignissen rund um den Protest gegen den G20-Gipfel in Hamburg 2017.

Der Film fragt: Welche Garantien des Grundgesetzes konnten rund um den G20-Gipfel standhalten? Mit welcher Leichtigkeit konnten die Behörden agieren? Welche Methoden der Ausnahmesituation werden langsam zur Normalität? Und welche Gesellschaft zeichnet sich da am Horizont ab?

Antworten geben u.a. Rafael Behr (Prof. für Polizeiwissenschaft, Akademie der Polizei Hamburg), Christiane Schneider (Hamburger Bürgerschaft), Heribert Prantl (Chefredaktion Süddeutsche Zeitung); der Pressesprecher der Polizei Hamburg; der junge Aktivist Fabio V., der vier Monate in Untersuchungshaft saß, seine Anwältin und Vorstand im RAV, Gabriele Heinecke sowie viele weitere aus Polizei, Medien, Wissenschaft, Justiz und Aktivismus.

Der Hintergrund: bis zu 170 Ermittler arbeiten an hunderten Verfahren gegen militante Demonstranten und Menschen, die sich an Ausschreitungen und Plünderungen beteiligten. Harte Strafen wurden gefordert und in bisher über 40 Fällen auch verhängt. Der Staat verlor im Sommer 2017 die Kontrolle in Hamburg und versucht sie nun zurückzugewinnen. „Mit allen Mitteln“, war selten so wörtlich zu nehmen wie im Fall der G20-Verfahren. Eine Öffentlichkeitsfahndung von noch nie dagewesenem Ausmaß stellte über zweihundert Menschen mit vagen Verdachtsmomenten „an den Pranger“ und die Boulevard-Presse „spielte den Hilfssheriff“.

30 Wohnungen und Häuser wurden mit hoch

bedenklichen Begründungen durchsucht und ein linkes Medienportal vom Innenminister verboten.

Eine Redaktionsgruppe des Videokollektivs „leftvision“ ging der Frage nach, ob die Befugnisse der Sicherheitsbehörden auf den Prüfstand gehören? Droht die Gefahr, dass bei echten politischen Krisen alle Dämme des Rechts brechen, die den Bürger vor staatlicher Willkür schützen sollten? 13 Kameraleute filmten das Material während der G20-Tage welches ein umfangreiches und detailliertes Panorama in diesem Dokumentarfilm ermöglicht. Einschätzungen von 17 Protagonist*innen bilden den inhaltlichen Faden eines Films der weit über die Ereignisse vom Juli 2017 hinausgeht.

Ausschlussklausel: Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechten Parteien/Organisationen angehören, der rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtenden Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen. Das gilt ebenso für Personen, die rechtsradikale Symbolik und Bekleidungsmerkmale zur Schau stellen.



Präsentiert von:



und
Petra Sitte, MdB

23. Januar
18:30 Uhr
Zazie - Kino & Bar
(Kl. Ulrichstraße 22)
Eintritt 2 Euro

Im Anschluss (ca. 20 Uhr)
Diskussion im LiLa
(Leitergasse 4)

**Kuba-Konferenz der LINKEN:
„Das sozialistische Kuba vor neuen Herausforderungen“**

Kuba feiert 2019 den 60. Jahrestag der Revolution. In all den Jahren hat das Land seinen Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus gegen alle Angriffe verteidigt. Kuba gilt seitdem insbesondere für die Länder Lateinamerikas und des Globalen Südens als Beispiel für einen eigenen, souveränen und friedlichen Weg und für große soziale Errungenschaften. Mit unserer Konferenz möchten wir einen Blick auf das heutige Kuba werfen. Dafür haben wir Gäste aus Kuba eingeladen, die mit uns über den gegenwärtigen Prozess der Verfassung sowie über Kubas Stellung in Lateinamerika sprechen werden. Diskutieren möchten wir auch über die Auswirkungen der aktuellen Politik der US-Regierung und über die Rückschläge der lateinamerikanischen Linken. Welche Debatten werden dort geführt, was heißt das für LINKE und Linke in Deutschland und Europa und vor welchen zukünftigen Aufgaben steht die Solidaritätsbewegung?

Wir laden alle Interessierten und Neugierigen sehr herzlich ein.

Veranstalter: DIE LINKE (in Zusammenarbeit mit der AG Cuba Sí und dem Ältestenrat)

26. Januar 2016, 10 – 20 Uhr
ND-Gebäude, Münzenbergsaal
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Unsere Gäste aus Kuba sind:

Joaquín Bernal Rodríguez, Abgeordneter und Spezialist für Rechtsfragen, Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Kuba

Adalberto Ronda Varona, Direktor des Zentrums für Internationale Politikforschung (Centro
de Investigaciones de Política Internacinal - CIPI)

Programm

- 10:00 Uhr: Begrüßung durch den Botschafter der Republik Kuba Ramon Ignacio Ripoll Diaz und des
Parteivorsitzenden der Partei DIE LINKE Bernd Riexinger
- 10:40 Uhr: Input und Diskussion: Kuba gibt sich eine neue Verfassung
- 13:30 Uhr: parallele Workshops: das System der zwei Währungen in Kuba; Kubas Programm „Tarea
Vida“ gegen den Klimawandel; die extraterritoriale Auswirkungen der US-Blockade.
- 16:00 Uhr: Podium: Kuba in Lateinamerika: welche Auswirkungen hat der Rechtsruck in Lateinamerika
und wie ist die Linke aufgestellt?
- 17:30 Uhr: Abschluss und Ausblick mit kubanischen Gästen, mit Vertreter*innen des Parteivorstandes,
des Ältestenrates und Cuba Sí
- 18:15 Uhr: Filmvorführung „Por la vida“ (Einsatz kubanischer Ärzt*innen im Ebolagebiet in Westafrika
2014), Musik und Mojito
- 20:00 Uhr: Ende der Konferenz

Es wird eine Übersetzung: spanisch-deutsch/deutsch-spanisch geben

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt lädt ein:

19.01.2019, Sonnabend, 10 Uhr – 17 Uhr,

Workshop, Halle

Feministische Perspektiven auf Staat und die Krise der Demokratie

mit Dr. in Gundula Ludwig, Bremen

Gemeinsame Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt mit Kritische Politikwissenschaftler*innen, FSR Wirtschaftswissenschaften und FSR Jura der MLU Halle

im studentisch selbstverwalteten Raum, Adam-Kuckhoff-Str. 34a, Steintor Campus, Universität Halle, 06108 Halle

24.01.2019, Donnerstag, 14:30 Uhr,

Vortrag und Diskussion Halle

Debatten und Aktionen zur Streichung des § 219a

mit Dr. habil. Viola Schubert-Lehnhardt

im Bürgerladen, Falladaweg 9,

06126 Halle-Neustadt

24.01.2019, Donnerstag, 19 Uhr,

Vortrag und Diskussion Halle

Sucht als Krankheit des verlorenen Subjekts?

Ein zivilisationsgeschichtlicher Blick auf das Verhältnis von Rausch und Subjektivität

mit Alexandra Schauer, München

Gemeinsame Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt mit aufgetaucht. Psychologie und Gesellschaftskritik in Halle

im studentisch selbstverwalteten Raum, Adam-Kuckhoff-Str. 34a, Steintor Campus, Universität Halle, 06108 Halle

28.01.2019, Montag 14:30 Uhr,

Vortrag und Diskussion Halle

Integration früher und heute im deutschen Schulsystem, am Beispiel der städtischen Oberrealschule zu Halle/Reilschule

mit Manfred Drobny

Gemeinsame Veranstaltung der RLS Sachsen-Anhalt mit dem Humanistischen Regionalverband Halle-Saalkreis

im Bürgerhaus „alternativE“, Gustav-Bachmann-Straße 30, 06130 Halle

Partizipation/Bürgerrechte

02.02.2019, Freitag, Exkursion Stützerbach

Partizipation in der kommunalen und regionalen Entwicklung; mit Sabine Ayeniy und Dr. Hilmar Preuß
Exkursion im Rahmen von STUBE Ost Studienbegleit-Programm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika

Gemeinsame Veranstaltung der RLS Sachsen-Anhalt mit der Diakonie Mitteldeutschland-

Teilnehmendenbeitrag: 5 Euro Anmeldung: www.diakonie-mitteldeutschland.de <<http://www.diakonie-mitteldeutschland.de>>

Philosophie/Religion

18.02. 2019, Montag, 14:30 Uhr,

Vortrag und Diskussion, Halle

Das Menschenbild bei Karl Marx und Albert Schweizer; mit Prof. Ernst Luther

im Bürgerhaus „alternativE“, Gustav-Bachmann-Straße 30, 06130 Halle

Kooperationsveranstaltung mit dem Humanistischen Regionalverband Halle-Saalkreis

Ernst Luther lehrte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Medizinethik. In seiner 2011 in 2. Auflage erschienen Publikation „Albert Schweitzer Ethik und Politik“ untersuchte er bereits aus marxistischer Perspektive das Menschenbild.

Im Saalekreis:

16. Januar 2019 – AG Kommunalwahlprogramm in der Regionalgeschäftsstelle Merseburg

23. Januar 2019 – AG Kommunalwahlprogramm in der Regionalgeschäftsstelle Merseburg

27. Januar 2019 – Kranzniederlegung - Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus an der Stele in Merseburg

28. Januar 2019 – Kreisvorstandssitzung in der Regionalgeschäftsstelle Merseburg

29. Januar 2019 – Neujahrsempfang Merseburg in der Willi-Sitte-Galerie

Buch trifft Leinwand: 14. DEFA-Filmtage in Merseburg

Schon seit 2006 geben sich zu den jährlichen DEFA-Filmtagen bekannte Schauspieler, Regisseure oder Drehbuchautoren im Merseburger Domstadtkino die Klinke in die Hand. Wer in der DEFA Rang und Namen hatte, war hier schon zu Gast: so war der Gründungsvater der DEFA, Professor Dr. Kurt Maetzig, die Schauspieler Hilmar Thate, Dieter Mann, Otto Mellies, Sylvester Groth, Rolf Hoppe, Gojko Mitic, Lissi Tempelhof, Walfriede Schmidt - um hier nur einige zu nennen - oder der Regisseur Andreas Dresen.

Die Merseburger Kinofreunde würdigen seit mittlerweile 13 Jahren das Schaffen der Schauspieler, Regisseure, Kameraleute, Dramaturgen und Drehbuchautoren der DEFA, der bekannten DDR-Filmgesellschaft. Aber auch aktuellere Kinoproduktionen werden zu den Merseburger DEFA-Tagen gezeigt. Sie müssen dann allerdings einen Bezug zur jüngeren Geschichte Mitteldeutschlands aufweisen. So wird im März 2019 Andreas Dresens aktueller Film „Gundermann“ zu sehen sein, der im vergangenen Jahr in die Kinos kam.

In diesem Jahr liegt der Schwerpunkt bei den DEFA-Tagen auf der Verfilmung von Romanen. Daraus leitet sich das Thema „Buch trifft Leinwand“ ab.

Mit „Mutters Krauses Fahrt ins Glück“ gibt es auch in diesem Jahr wieder einen echten Stummfilm mit Klavierbegleitung als besonderes Highlight.

Wie schon in den Vorjahren werden auch im März 2019 wieder interessante Gäste im Merseburger Domstadtkino ein- und ausgehen und mit den Zuschauern über ihre Filme, ihre Arbeit bei der DEFA und danach und über vieles mehr diskutieren. Das Besondere an den DEFA-Tagen in Merseburg ist, dass die Stars quasi „zum Anfassen“ da sind: nachdem sie gemeinsam mit dem Publikum ihre Filme angesehen haben, stellen sie sich den Fragen der Zuschauer. Inzwischen sind die Merseburger DEFA-Tage so beliebt geworden ist, dass Karten für zahlreiche Film-aufführungen schon im Vorfeld lange ausverkauft sind. Die 14. Merseburger Filmtage finden vom 8. bis 10. März 2019 im Merseburger Domstadtkino statt. Als Gäste werden unter anderem Gojko Mitic, Jutta Hoffmann und Christel Bodenstern erwartet.

Unser Merseburger Mitglied begleitet die DEFA-Filmtage vom ersten Tag an – mit seiner profunden

Sachkenntnis zur Geschichte der DEFA und des Films und natürlich mit seiner Kamera. Im Lauf der vergangenen 13 Jahre sind viele eindrucksvolle Schwarzweissporträts von DEFA-Schauspieler, Regisseuren, Kameraleuten oder Drehbuchautoren entstanden. Eine Auswahl davon war bereits im Jahre 2017 in unserer Fraktionsgalerie des Landtage von Sachsen-Anhalt zu sehen.

Das genaue Programm des Merseburger DEFA-Tage 2019 wird im Internet unter www.filmtage-merseburg.de veröffentlicht.

Wolfgang Kubak

27.02. 2019, Mittwoch, 14:30 Uhr, Lesung

Die Jägers. Eine Familie im deutschen Faschismus.

mit Dr. Ingrid Stockmann und Margit Schiwarth-Lochau sowie Gisela Döring (VVN/BdA). Musikalisch begleitet werden sie von Anke Voigt (Geige).

Linker Laden LiLa Leitergasse 4,
06108 Halle (Saale)

gemeinsame Veranstaltung der RLS Sachsen-Anhalt mit der VVN-BdA Sachsen-Anhalt

Lob des Dialogs *
Marlene Neuber

Ist der Geist auch noch so mächtig,
mutig, stark, sogar bedächtig,
würde er allein entscheiden,
kann das Werk bald Schaden leiden.
Damit es von Dauer sei,
braucht´s dafür der Kräfte zwei.

Zwei, die sich streiten und lieben.
Zwei, die von gleichem Begehren getrieben.
Zwei, die sich öffnen dem Lebensgewühl.
Zwei, die sich einen und finden ihr Ziel.
Zwei, die sich hören.
Zwei, die nicht blind.
Zwei, die sich mehren,
bis es Tausende sind.



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
Januar Geburtstag haben.**



Ortsverband West **DIE LINKE.**

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
zum Auftakt des Wahljahres 2019 laden wir Euch herzlich ein zur

Vollversammlung des Ortsverbands West

**am Dienstag, dem 22. Januar 2018, um 17:30 Uhr,
im Mehrgenerationenhaus "Pustebblume", Zur Saaleaue 51a, 06122 Halle (Saale)**

Tagesordnung:

1. Die Aufgaben des OV West bei den Europa- und Kommunalwahlen
Dazu sprechen Marianne Böttcher und Hendrik Lange
2. Wahl des neuen Sprecherrats

Zum TOP 2 bitten wir Euch um Bereitschaft zur Mitarbeit im Sprecherrat
sowie um Kandidatenvorschläge.

Wir freuen uns auf Euer Kommen und bitten Euch um rege Beteiligung

Es grüßen Euch

Marianne Böttcher, Stadtvorsitzende der Linken
Hendrik Lange, MdL der Linken, Vorsitzender des Stadtrats
und Euer Sprecherrat

Am 16. Januar ab 17 Uhr im Linken Laden trifft sich der Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen zur Diskussion über den Entwurf des Wahlprogrammes DIE LINKE 2019 zur Kommunalwahl am 26. Mai 2019.

Zum **Gedenken an Karl Meseberg** anlässlich seines Geburtstages am **11. Februar 2019** an der Grabstelle auf dem Südfriedhof. Treffpunkt **10:45 Uhr am Eingang.**

6. Februar 2019, 18:00 Uhr, gemeinsame Beratung der Vertreter*innen der Ortsverbände, Basisorganisationen und weiterer interessierter Genoss*innen.

Linker Laden, 06108 Halle (Saale), Leitergasse 4
(Zugang über Geiststraße)

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich
Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
10.01.2019
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 07.02.2019

Post von Lene

Hallo, liebe Linke,
Wir haben Ferien-hurra! Heute ist sogar Schnee gefallen, und es soll auch eine Weile Frost sein. Vielleicht hält der Schnee sich oder es fällt noch mehr und wir können wenigstens Rodeln. Papa hat keinen Urlaub gekriegt, weil er seinen Chef vertreten muss, damit der in den Urlaub fahren kann. So wird es wieder nichts mit Ferien im Erzgebirge oder im Harz. Ich bin deshalb ein bisschen traurig und will aber nicht rumjammern.

Mein Halbjahreszeugnis ist ganz gut ausgefallen In Deutsch habe ich sogar eine Eins geschafft, sonst Zweien. Wir haben seit Januar eine neue Deutschlehrerin. Die gefällt uns sehr, die ist richtig cool und macht auch mal einen Spaß mit. Hoffentlich fällt sie nicht irgendwann auf das Gesäusele von der Markenklamotten-Paularein. Aber das Projekt „Gewaltfreie Schule haben wir jetzt in den Schüllerrat gebracht. Vielleicht schaffen wir ja da eine Mehrheit. Wäre doch cool, was? Momentan machen mich zwei Sachen fix und fertig. Die habe ich aus der Linken-Zeitung namens ND mitgekriegt. Ich habe den neuen USA-Präsidenten namens Trump bisher immer nur für irgendwie doof und unberechenbar gehalten, bis ich einen Titel gelesen habe, der mich erst einmal neugierig gemacht hat: „Roadmap für Nuklearkrieg“. Nuklearkrieg ist ein Atomkrieg. Das weiß inzwischen so ziemlich jeder. Opa hatte mir erzählt, dass am Ende des 2. Weltkrieges amerikanische Bombenflugzeuge auf zwei japanische Städte eine Atombombe abgeworfen haben, mit furchtbaren Folgen. Die eine Stadt heißt Hiroshima. Über 200000 Menschen sind sofort umgekommen, viele, viele noch Jahre später, denn die Atomstrahlen sind besonders tückisch. Noch heute, sagt Opa, werden Kinder in Japan wegen der einstigen Atomstrahlen mit Missbildungen geboren. Das ist so schrecklich! Und nun verkündet dieser Trump, dass die alten Bomben, die es noch gibt, durch neue mit kleineren Sprengköpfen ersetzt werden sollen. Damit will er alle in Sicherheit wiegen, sagt Opa, denn eine solche neue kleinere Bombe übertrifft die Atomladung der Bombe von Hiroshima mehrmals.

Dass auch in Deutschland noch amerikanische Atombomben gelagert sind erfuhr ich so ganz nebenbei. Und die sollen nun auch durch die gefährlicheren ersetzt werden.

Das solle zur Abschreckung dienen. Opa hat mir eine

Zeile im Artikel unterstrichen:

„Sollte die Abschreckung versagen, seien die US-Streitkräfte bereit zu gewinnen.“

Und da macht Deutschland mit? Das darf doch nicht wahr sein. Der Trump und seine Leute sind ja richtig gefährlich. Mehrere Atombomben dieser Art, sagt Opa, können die ganze Erde vernichten, mit allem, was darauf lebt. Da

müssen wir doch alle etwas dagegen unternehmen! Da muss ich doch schnell unsere LAL-Koalition zur Beratung zu uns zusammenrufen.



Kreistagsfraktion spendet insgesamt 3000 Euro

Die Mitglieder der Partei DIE LINKE der Kreistagsfraktion Saalekreis haben 2018 insgesamt 3000 Euro Spenden überreicht.

Die Spenden gingen an:

- * Freizeitsportverein Merseburg e. V.
- * Lebenshilfe e. V. Merseburg
- * Wasserturm e. V. Beesenstedt
- * Krebshilfe Bad Dürrenberg e. V.
- * Förderverein Willi-Sitte-Galerie Merseburg e. V.
- * Schützenverein Langeneichstädt e. V.
- * Broschüre zur Verkehrs- und Brandschutzerziehung
- * Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Merseburg e. V.
- * Kinderland gGmbH Geiseltal
- * Aktion Knochenmarkspende Sachsen-Anhalt e. V.
- * Schulprojekt Fahrradfibel

Seit 2014 spenden die Kreistagsmitglieder von DIE LINKE jedes Jahr einen Teil ihrer Aufwandsentschädigungen für gemeinnützige Zwecke. Anlass war die im Jahr 2014 im Kreistag beschlossene Erhöhung der Aufwandsentschädigung auf eine Pauschale von 300,00 Euro monatlich, die von den Fraktionsmitgliedern nicht mitgetragen worden war.

Kerstin Eisenreich
Fraktionsvorsitzende



+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 18./19.12.2018

Landeshaushalt für 2019 verabschiedet

Nach der Einbringung des Landeshaushaltes für das Jahr 2019 im September und umfangreichen Beratungen in den Ausschüssen des Landtages wurde dieser auf der aktuellen Landtagssitzung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen beschlossen. Die geplanten Einnahmen und Ausgaben des Landes liegen jeweils bei rund 11,5 Milliarden Euro.

Die Fraktion DIE LINKE ist in diesen Haushalt mit einem umfangreichen Forderungspaket für die Bereiche Bildung, Gesundheit und Kommunen gestartet. Die Forderungen folgten dabei der seit Jahren vorgebrachten Kritik an der Sparpolitik in wichtigen Bereichen des sozialen und öffentlichen Lebens in Sachsen-Anhalt.

So kann das Land dank sprudelnder Steuereinnahmen mehr Geld ausgeben und die Landesregierung hätte gut daran getan, damit die Zukunft des Landes zu gestalten. Stattdessen erstickt sie mit dem vielen freien Geld nur ihre internen Konflikte.

Soziale und solidarische Neuausrichtung der EU

Mit dem Antrag fordert die Fraktion DIE LINKE, die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das 20-Punkteprogramm der sozialen Säule für die Sozial-, Beschäftigungs- und Gesundheitspolitik auf EU-Ebene verbindlich umgesetzt wird. Dazu gehören die verbindliche Aufnahme einer sozialen Fortschrittsklausel in das EU-Vertragswerk sowie die verbindliche Festschreibung von Mindeststandards beim Zugang und der Ausgestaltung von Sozialleistungen bei Alter, Krankheit, Berufsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit. Die aktuelle wettbewerbsorientierte Politik der EU wird als Bedrohung für die soziale Lage der Bevölkerungsmehrheit wahrgenommen, in deren Ergebnis nationalistische und antieuropäische Positionen verstärkt werden. Dieser gefährliche Prozess kann nur aufgehalten werden, indem die EU mit einem sozialen Mehrwert und sozialen Schutzraum verbunden wird. Die verbindliche Umsetzung des 20-Punkteprogramms der sozialen Säule kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Rentenungerechtigkeit für in der DDR geschiedene Frauen beseitigen

Die Vereinten Nationen haben empfohlen, einen steuerfinanzierten Ausgleichsfonds in der Bundesrepublik Deutschland einzurichten, um Frauen, die in der DDR geschieden wurden, zu entschädigen, weil sie auch 28 Jahre nach der Wiedervereinigung im Rentenrecht benachteiligt werden. Dieser Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes muss endlich aufgehoben werden. Deshalb fordert der Antrag der Fraktion DIE LINKE die Landesregierung auf, sich auf der Bundesebene für die Einrichtung des Ausgleichsfonds sowie unbürokratische Zugangsmodalitäten einzusetzen.

Linke fordert Ausbau des schnellen Internets statt Schneckenpost

Die Landesregierung hatte mit ihrer Digitalen Agenda einen flächendeckenden Anschluss an „schnelles“ Internet bis 2021 in Aussicht gestellt. Schnell bedeutet dabei 50 Mbit/s in Wohn- und 100 Mbit/s in Gewerbegebieten. Die Förderbedingungen zur Erschließung des Landes mit schnellem Internet sind jedoch absurd und verhindern jedoch die flächendeckende Erschließung:

Bereits mit niedriger Bandbreite oder durch Vectoring erschlossene Gebiete erhalten keine Förderung für einen Anschluss mittels Glasfaser. Damit erfolgt dort kein weiterer Ausbau. Mitunter werden sogar Glasfaserkabel durch bereits erschlossene Gebiete gelegt, die aber keinen Zugang erhalten, weil sie nicht förderfähig sind. Daher fordern wir eine Änderung der Förderbedingungen und einen Ausbau mit Glasfaserkabel, die eine Breitbande und Up- und Downstreamraten symmetrisch von mindestens 100 Mbit/s ermöglichen.

Mehr Geld für Blinde und Gehörlose nun festgeschrieben

Auf der Landtagssitzung im Oktober hatten die Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem das Blindengeld um 40 Euro auf 360 Euro und für Gehör-

lose auf 80 Euro erhöht werden soll. Diese Erhöhung ist jetzt auch mit der Verabschiedung des Landeshaushaltes festgeschrieben worden. Zwar entspricht diese Erhöhung nicht ganz den Forderungen der Fraktion DIE LINKE, die eine Erhöhung des Blindengeldes auf 400 Euro wollte. Doch immerhin ist die Entscheidung ein Schritt in die richtige Richtung und entstand dank unseres engagierten Einsatzes.

Sachsen-Anhalt legt Hebammenfonds auf

Mit dem Landeshaushalt 2019 wurde auch ein wichtiges Anliegen der Fraktion DIE LINKE umgesetzt: Mit einem Hebammenfonds werden künftig Hebammen und Entbindungspfleger in Sachsen-Anhalt besser unterstützt. So wird das Land den Beitrag zur Haftpflichtversicherung für jene, die neu in den Beruf

einsteigen oder nach Elternzeit, Krankenstand oder anderweitig verursachter Berufspause ihren Beruf wieder ausüben möchten, vorfinanzieren. Außerdem soll das Land künftig auch für alle Hebammen und Entbindungspfleger 10 Prozent des Haftpflichtbeitrages übernehmen. Die nächste Aufgabe ist nun, diese wichtigen Hilfen auch unbürokratisch bereitzustellen.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL)

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im Dezember 2018 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.

Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.

Machtkampf in der AfD eskaliert - weniger rechtsextrem wird sie dadurch nicht

Nach den Äußerungen der letzten Tage war absehbar, dass André Poggenburg keine Zukunft in der AfD haben wird. Mit weiteren Gleichgesinnten hat er offenbar schon von langer Hand die Gründung einer noch radikaleren Partei vorbereitet und entsprechend jetzt die AfD verlassen. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann:

„Schon seit Monaten wird die Fraktion immer wieder von Streit, Missgunst und Hass zwischen verschiedenen Abgeordneten und ihren Lagern erschüttert. Da kommt die endgültige Spaltung zwischen Poggenburg und seinen einstigen Getreuen nicht überraschend. Durch das nun unausweichliche Ausscheiden Poggenburgs aus der Fraktion verkleinert sich diese weiter auf nur noch 21 Abgeordnete, so er sein Mandat nicht zurückgibt. Dadurch wird die Fraktion erheblich geschwächt, da sie wichtige Minderheitenrechte wie etwa die eigenständige Einsetzung von Kommissionen und Untersuchungsausschüssen verliert.

Mit Blick auf die Entwicklung der Gesellschaft und die Gefährdung der Demokratie durch Rechtsextreme gibt es jedoch keinen Grund zur Entwarnung. Die Schwächung der AfD-Fraktion resultiert nicht daraus, dass Poggenburg der AfD zu rechts geworden wäre. Die Äußerung des Fraktionsvorsitzenden Kirchner, nach der er nach wie vor auf einer inhaltlichen Linie mit Poggenburg stehe, belegt dies eindeutig. Poggenburg wurde für jeden provokativen, zugespitzten und sich der Rhetorik und Ideen des Nationalsozialismus bedienenden Auftritt im Landtag und andernorts von seiner Fraktion frenetisch gefeiert.

Auch ohne Poggenburg verbleiben in der Fraktion eine Vielzahl von Akteuren, die sich immer wieder mit ausländerfeindlichen, völkisch-rassistischen und in hohem Maße aggressiven Reden in Szene setzen. Die AfD bleibt eine zentrale Größe im Spektrum neonazistischer Gruppierungen in Sachsen-Anhalt. Sie will weiterhin diese Gesellschaft radikal verändern, sie will sie nach rechts verschieben und sie lässt dabei keinen Zweifel daran, wie sie mit denen umzugehen gedenkt, die ihnen dabei im Wege stehen.

Die AfD ist ein von Intrigen und Machtkämpfen geprägter Männerbund, in dem sich jeder möglichst großen Einfluss sichern, nicht aber ernsthafte seriöse Oppositionsarbeit betreiben will. Die ständigen Skandale und Zerwürfnisse zeigen, dass es ausschließlich um Macht, Ränkespiele und Eitelkeiten geht. Nicht zuletzt macht auch der Umgang mit ArbeitnehmerInnen und mit Fraktionsgeldern für die Parteifinanzierung einmal mehr klar: Es gibt nur eine demokratische und ernst zu nehmende Opposition in Sachsen-Anhalt. Das ist DIE LINKE.“

Organisierte Kriminalität gegen die Demokratie

Zum Hacker-Angriff auf demokratische Politiker Sachsen-Anhalts erklärt der parlamentarische Geschäftsführer Stefan Gebhardt:

"Wer immer die Kriminellen sind, die hinter dem Hacker-Angriff auf zahlreiche Politiker Sachsen-Anhalts stehen, eine Absicht ist erkennbar: Demokraten sollen eingeschüchtert werden, die AfD wird verschont.

Für meine Fraktion stelle ich hierzu fest. Wir lassen uns durch solche kriminellen Akte nicht einschüchtern. Offenbar wurde der Hackerangriff mit großem systematischen Aufwand betrieben und offenbar wurden die Zielpersonen sorgfältig ausgewählt. Dies ist ein Fall von organisierter Kriminalität gegen Mitglieder von Verfassungsorganen. Zudem wurden persönliche

Daten von Bürgerinnen und Bürgern veröffentlicht, die sich mit ihren Anliegen an Land- und Bundestagsabgeordnete gewandt haben.

Wer persönliche Daten von Personen veröffentlicht, nimmt deren Gefährdung billigend in Kauf. Dieser Vorgang ist somit ein Angriff auf die Demokratie insgesamt."

Senioren - Café am 30. Januar ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4:

Herr Lasch, Hilfsmittelkoordinator der Fa Hellwig im REHA-Team Halle, informiert über das Recht von Patienten auf Hilfsmittel und den Weg zu deren Inanspruchnahme.

Karl Liebkecht Bilder aus seinem Leben

Karl Liebkecht (1871-1919) war zeitlebens ein engagierter und kampfentschlossener Sozialist und Antimilitarist, der gerade deshalb unter den Arbeiterinnen und Arbeitern große Sympathien genoss.

Am 4. August 1914 hatte er sich noch der Fraktionsdisziplin gebeugt, doch am 2. Dezember 1914 war sein entschiedenes und unüberhörbares »Nein« gegen weitere Kriegskredite, mit dem er im Reichstag zunächst völlig allein stand, für alle Kriegsgegner in Deutschland ein unerwartetes Zeichen der Hoffnung.

Als er am 1. Mai 1916 nach einer Friedenskundgebung verhaftet wurde, gingen in Berlin und anderen Städten Zehntausende als Zeichen der Solidarität auf die Straße. Der breite Widerstand gegen den Krieg, den er so abgrundtief hasste, erhielt neue Kraft.

Am 9. November 1918 rief Karl Liebkecht von einem Balkon des Berliner Stadtschlusses die »freie sozialistische Republik« aus. In den folgenden Tagen und Wochen sprach er auf ungezählten Kundgebungen und forderte die Errichtung der Rätewacht in Deutschland.

Fotoausstellung im Berliner Karl-Liebkecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
14. Januar bis 15. Februar 2019,
werktags 10 bis 17 Uhr



Sein gewaltsamer Tod am 15. Januar 1919 sollte den Kampfwillen seiner Genossinnen und Genossen brechen. Doch das Gegenteil war der Fall.

Bis heute folgen überall in der Welt Menschen in ihrem Kampf gegen Krieg und Rüstungswahn, gegen Völkermord und Menschenrechtsverletzungen, gegen Kulturbarbarei und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen seinem Grundsatz: »Andere mögen ihr: »Nur nicht zu viel! Nur nicht zu früh!« plärren. Wir werden bei unserem: »Nur nicht zu wenig! Nur nicht zu spät!« beharren.«



Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Voreinhundert Jahren wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von der Reaktion ermordet. Ihr Tod war ein großer Verlust für die deutsche Linke. Wir erinnern an die dramatischen Ereignisse im Januar 1919.

Eine Online-Dokumentation unter
rosa-und-karl.die-linke.de